

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **28 (1948-1949)**

Heft 2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Überblickt man rückschauend die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den letzten zwei Monaten, so muß eigentlich der etwas überraschende Schluß gezogen werden, daß sich diese Lage nicht groß verändert hat. Gewiß haben sich die Gegensätze zwischen den beiden großen Positionen verschärft, — gewiß auch sind verschiedene wichtige Ereignisse — darunter drei von ganz besonderer Bedeutung — für diesen Zeitraum zu vermerken; allein eine wesentliche Verschiebung der großen, machtpolitischen Gewichtsverhältnisse ist dadurch nicht eingetreten, und das ist das entscheidende. Die drei großen Ereignisse aber, welche für diesen Zeitraum bestimmend waren, lassen sich mit dem politischen Umbruch in der Tschechoslowakei, mit der Annahme des Marshall-Planes und dem Beginn seiner Durchführung und endlich mit den Wahlen in Italien bestimmen. Daneben sind freilich noch andere bedeutsame Dinge geschehen, so daß diese Festlegung vielleicht etwas willkürlich erscheinen mag; aber man kann sagen, daß sich diese andern Dinge gewissermaßen um die drei erwähnten Punkte gruppieren, bzw. sie ergänzen oder besonders zu charakterisieren vermögen. Was nun insbesondere die Entwicklung der

Lage in der Tschechoslowakei

betrifft, so hat diese scheinbar überstürzte Entwicklung in der ganzen westlichen Welt einen tiefen, nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Denn es handelte sich dabei wohl um den massivsten Vorstoß, den die östliche Großmacht seit dem Ende des Krieges unternommen, und zwar gegen den Westen unternommen hatte. Und zweifellos war der Eindruck dieses Umsturzes allgemein deswegen so stark, weil sich für den Westen der Begriff «Tschechoslowakei» immer noch mehr oder weniger an den Begriff «Benesch» anlehnte, in gewissen Kreisen sich sogar immer noch mit ihm deckte. Zwar hatte es nicht an Stimmen gefehlt, welche seit längerer Zeit auf das verhängnisvolle des dortigen Laufes der Dinge hinwiesen — eine Entwicklung, die immerhin seit dem Krebsgang der Koalitionsregierung in der Angelegenheit der Beteiligung am Marshall-Plan ganz besondere Aspekte aufwies. Sicher sind die Dinge im einzelnen noch nicht abgeklärt, die dann zu dem Umsturz der letzten Februartage geführt haben, wobei freilich wohl kaum ein Zweifel an der sehr aktiven Einwirkung der Sowjetunion bestehen kann, wenn auch das betreffende «Verfahren» vor dem Sicherheitsrat der UNO noch nicht abgeschlossen ist. Andererseits war bei verständiger Würdigung dieser Entwicklung zu bedenken, daß die Kommunisten im tschechoslowakischen Parlament schon bisher annähernd die absolute Mehrheit innehatten, und daß, ganz allgemein gesprochen, die Einstellung des tschechoslowakischen Volkes gegenüber der Sowjetunion seit dem Ende des Krieges stets einen besonders positiven Einschlag verzeichnet hat, der mit dem slawischen Volkstum, der slawischen Sprache und der slawischen Kultur der Tschechen und Slowaken allein

nicht erklärt ist. Man weiß, daß insbesondere die Tschechen nach wie vor im Gesichtskreis einer von ihnen so empfundenen,

potentiellen deutschen Bedrohung

leben, eine Einstellung, die durch die Ausweisung des deutschen Elementes keineswegs behoben, sondern eher verschärft ist. Sicher kann man über die Begründung dieser Einstellung verschiedener Ansicht sein; aber man wird sie, auch wenn man sie nicht teilt, nach gewissen Erfahrungen immerhin verstehen können. Wie weit nun dieses Element bei der erfolgten Entscheidung mitgespielt hat, das gehört eben zu jenen Punkten, die noch nicht abgeklärt sind, und in diesem Bereiche wird man auch die Haltung des Präsidenten Benesch am ehesten erklären können. Zweifellos ist die Position des Ostens durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei ganz bedeutend gestärkt worden. Nun gibt es zwar Leute, die für die Zukunft einen ziemlich aktiven Widerstand des tschechoslowakischen Volkes gegen diese neue Politik voraussagen; wir meinen aber, es sei besser, illusionslos abzuwarten, ob diese Vermutung zutrifft. Einstweilen wird man jedenfalls gut tun, die vollendete Tatsache als solche hinzunehmen. Die Sowjetunion hat es aber bei der so erfolgten Regelung der tschechoslowakischen Angelegenheit in ihrem Sinne nicht bewenden lassen, sondern sie ist darüber hinaus zu einem weiteren Vorstoß am andern Ende der Frontlinie aufgebrochen. So hat sie um den Abschluß eines

Militärpaktes mit Finnland

nachgesucht. Man wird das Ergebnis der Verhandlungen, welche diesem Ersuchen gefolgt sind, in der ganzen Tragweite der Belastung, die dadurch für den finnischen Kleinstaat erwachsen ist, nicht unterschätzen, wenn auch zu sagen ist, daß die schlimmsten Befürchtungen bis heute sich nicht erfüllt haben. Dies gilt besonders auch für die Hinweise auf einen kommenden russischen Druck in der Richtung der skandinavischen Länder, mit denen die öffentliche Meinung des Westens während der Moskauer Verhandlungen um Finnland ausgiebig genug beschäftigt worden ist. Abgesehen von diesen beiden Ereignissen wäre von der großen Front im Osten kaum wesentliches zu berichten. Am andern Ende,

in Griechenland,

ist die Entwicklung weitergegangen, deren Bahn man bereits vor mehreren Monaten deutlich erkennen konnte: immer mehr macht sich das Gewicht der amerikanischen Unterstützung für die Sache der griechischen Regierung geltend, so daß bei einigermaßen normalem Ablauf der Dinge in absehbarer Zeit wohl mit dem Zusammenbruch der Partisanenbewegung gerechnet werden kann. Gesamthaft läßt sich sagen, daß die Sowjetunion im Zeitraum der vergangenen zwei Monate eine weitere Verstärkung ihrer Position erstrebt und auch erreicht hat — eine Politik, die zweifellos in engen Zusammenhang mit den Bestrebungen des Westens zur Aktivierung des Marshall-Planes zu bringen ist. Im Westen selbst aber hat die russische Politik bis heute nichts weiter erreichen können. Trotz des Einsatzes aller Mittel der Propaganda, des Geldes und des Druckes mannigfacher Art hat sie im besondern die zunehmende Geschlossenheit des Westens mit Bezug auf

die große amerikanische Aktion

nicht verhindern können. Das hat sich zuerst in Frankreich gezeigt, wo aus den von den Auguren wiederholt prophezeiten kommunistischen Unruhen nichts geworden ist, und dies haben nun auch die Wahlen in Italien zur Evidenz bewiesen. Als weiteres stärkendes Element für den Westen, zwar vorerst eher in psychologischer Beziehung, ist die Bildung der «Brüsseler Union» dazu gekommen, so daß man heute — nachdem der Marshall-Plan nun Gesetz geworden ist — sagen kann, daß der Westen in eine Periode des deutlichen Aufstieges eintritt, eines Aufstieges, der im normalen Gang der Ereignisse nicht mehr verhindert werden kann. Im Zuge aller dieser Entwicklungen haben sich die Gegensätze zwischen den beiden weltpolitischen Positionen ohne Zweifel nicht unwesentlich verschärft. Man wird diese Verschärfung als bedauerlich empfinden, oder sie gar mit einer gewissen Besorgnis betrachten; allein solange nicht eine Verschiebung in den gegenseitigen Kräfteverhältnissen dazu kommt, und zwar eine Verschiebung ausschlaggebender Natur, erscheint es kaum angebracht, bedenkliche Prognosen zu stellen. Aus diesem Grunde dürfte es auch zweckmäßig sein, die neueste Wendung in den politischen Auseinandersetzungen, wie sie sich nun in der

russischen Nadelstichpolitik

äußert, nicht allzu tragisch zu nehmen. Es ist offensichtlich eine neue Form des Nervenkrieges, die damit geübt wird, und glücklicherweise hat es bis heute nicht den Anschein, als ob die Westmächte sich dadurch stark beeinflussen ließen. Dabei braucht die Nüancierung, die innerhalb des Blocks der Westmächte mit Bezug auf die Politik gegenüber der Sowjetunion zweifellos besteht, für jene gar nicht unbedingt nachteilig zu sein. Die Amerikaner vertreten dabei das forsche Element, während die Briten unter der Führung Bevins sich eher auf den Kompromißweg festgelegt haben, indes die Franzosen nach wie vor jene Zurückhaltung üben, welche dem Gewicht ihrer Machtposition entsprechen würde. Alles in allem ergibt sich aus dem Durchschnitt dieser Komponenten eine Mittellinie, die bis jetzt keine schlechten Ergebnisse zu Tage gebracht hat. Nachdem nun die Organisation des Marshall-Planes aufgerichtet ist, wird es wohl in Kürze auch in den

deutschen Fragen

zu gewissen Entscheidungen kommen. Nach Lage der Dinge können diese heute nur in der Richtung einer Teilung liegen. Daß eine solche Lösung, über deren praktische Gestalt freilich noch gar nichts ausgesagt werden kann, im deutschen Volke nur mit Mißfallen aufgenommen würde, und zwar im Westen nicht weniger als im Osten, ist klar, denn sie kann niemals im gesamtdeutschen Interesse liegen. Ob sie damit aber, auf lange Sicht berechnet, auch den Interessen Europas widerspräche, das ist freilich noch nicht ausgemacht. Allein es läßt sich eben auch über diesen Punkt so lange nichts bestimmtes aussagen, als man nicht erkennen kann, in welcher Weise die Teilung tatsächlich vor sich gehen wird. Vorerst macht es durchaus den Anschein, als ob sich niemand so recht getraue, den Anfang zu machen, und zwar der Osten so wenig wie der Westen, und umgekehrt. Neuerdings wird übrigens, so hört man, von deutschen Persönlichkeiten, die in der Schweiz nicht ganz unbekannt sind, eine gewisse Zweckpropaganda für

die russische Lösung des Einheitsreiches

betrieben, und es scheint, daß diesen Leuten der schweizerische Boden für diese Propaganda eben gerade recht ist. Nicht ohne Befremden wird man von diesen seltsamen Umtrieben Kenntnis nehmen, und das Befremden wird sicher nicht geringer, wenn man feststellt, daß dabei Persönlichkeiten am Werk sind, die man während des Krieges öfters in der Schweiz sah, und die sich damals zwar einerseits als sogenannte «Freunde der Schweiz» ausgaben, gleichzeitig aber sich ihrer guten Beziehungen zu führenden nationalsozialistischen Stellen nicht wenig zu rühmen pflegten. Daß bei diesen bemerkenswerten Propagandaaktionen auch gewisse höhere deutsche Offizierskreise des zweiten Weltkrieges beteiligt sind, rundet das Bild, und man wird zweifellos gut tun, diesen Dingen alle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Jann v. Sprecher.

Italien nach den Wahlen

Der Ausgang des italienischen Wahlaktes ist nicht nur als Gesamtergebnis sehr erfreulich; er bietet auch eine Menge interessanter Einzelheiten, ja Anomalien, wie z. B. die Tatsache, daß ausgerechnet die wirtschaftlich und sozial gesündesten Teile Italiens, nämlich Umbrien und die Toskana — mit den traditionell roten Aemilia und Romagna — als einzige Regionen mehrheitlich für die Volksfront gestimmt haben.

Aber in seiner Gesamtheit hat das italienische Volk mit dieser Willenskundgebung ein Zeugnis politischer Reife abgelegt, das selbst hochgespannte Erwartungen übertraf. Schon der Propagandakampf ließ trotz der südländischen Vehemenz, mit der er geführt wurde, der Toleranz und dem fair play einen breiten Raum, was als sehr sympathisches Novum in der politischen Arena Italiens gebucht werden darf. Wer die hohe Stimmbeteiligung, sowie die korrekte, fast störungsfreie Durchführung der Wahlen mit den Jahren vor dem ersten Weltkrieg vergleicht, kann den enormen Fortschritt ermessen; — waren damals doch schwere Ausschreitungen, Wahlfälschungen, weitgehende Stimmenthaltung und andere unerfreuliche Begleitumstände an der Tagesordnung. Die nationale Katastrophe, wohin der faschistische Größenwahn das italienische Volk gebracht hat, hat seine politische Einsicht in unerwarteter Weise verstärkt und es gegen demagogische Sirenentöne merkwürdig harthörig gemacht. Wir schreiben dieser

politischen Reifeentwicklung

das hauptsächlichliche Verdienst an dem erfreulichen Wahlergebnis zu, obwohl andere Faktoren, die propagandistisch à outrance ausgewertet wurden, im gleichen Sinne gewirkt haben, so das Wissen um die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen, die dank der amerikanischen Hilfeleistung beinahe normal gewordene Nahrungsmittellage, ein ausgeprägtes europäisches Solidaritätsgefühl, und vor allem die zahlreichen unerfreulichen Nachrichten aus dem Osten. Dabei dürfte der Fall der Tschechoslowakei in Italien von geringerer Auswirkung gewesen sein als das Verhalten Rußlands in der Frage der Aufnahme Italiens in die UNO, der Reparationsfrage, der Kriegsgefangenenangelegenheit (noch immer fehlen Nachrichten über den

Verbleib von ca. 80 000 Italienern, die in sowjetrussische Kriegsgefangenschaft fielen) und — last, not least — im Triestiner Problem. Die

Haltung des Kremls

gegenüber Italien war in den vergangenen Monaten so betont gleichgültig, ja unfreundlich, daß man sich veranlaßt fühlt, nach den Gründen dieser doch recht eigentümlichen Stellungnahme zu forschen. Wo eigene, bzw. jugoslawische Interessen durch ein etwaiges Entgegenkommen tangiert worden wären, könnte die Politik Moskaus verstanden werden, aber gerade in der Kriegsgefangenenfrage z. B. hätte eine entgegenkommende Geste Rußland doch wenig gekostet. Haben die dortigen Machthaber schon lange mit dem jetzigen Wahlergebnis gerechnet, so daß sie sich nicht kompromittieren wollten, oder zählen sie darauf, Italien früher oder später durch Obstruktionspolitik seiner Anhänger sturmreif zu machen oder es durch einen Staatsstreich «à la manière de Prague» unter ihre Botmäßigkeit zu bringen? Daß die Kominform Italien nicht abgeschrieben hat, liegt auf der Hand. Man muß es wohl der Zukunft überlassen, die Gründe der rätselhaften russischen Inaktivität ans Licht zu bringen. Dieser und andere Umstände werden auch in der Zukunft, trotz des eindeutigen Sieges seiner Partei,

de Gasperis staatsmännisches Geschick

auf eine harte Probe stellen, wobei wir von der Voraussetzung ausgehen, daß dieser wahrhaft bedeutendste Politiker der italienischen Nachkriegszeit auch das neue Kabinett, das nach dem Zusammentreten des Parlamentes am 10. Mai gebildet werden dürfte, präsidieren wird. Nicht nur wird ja die Volksfront, selbst wenn sie wieder in die kommunistische Komponente unter Togliatti und die dezimierte Sozialistengruppe unter Nenni zerfällt, mit allen Kräften Knebel in die Räder der zukünftigen Regierungskutsche schleudern (denn daß sie als Fahrgast darin Platz nehmen darf, ist kaum anzunehmen), sondern auch die besonders in Oberitalien recht starke sozialistische Partei Saragats wird dafür sorgen, daß die Zügelführung keine leichte Aufgabe wird. Immerhin dürfte die Fahrriichtung einen leichten Linkskurs verraten, zumal ja die Rechtsparteien — eine weitere unerwartete Eigentümlichkeit des Wahlergebnisses — sozusagen von der Bildfläche verschwunden sind. Man kann Italien im Grunde zu diesem Wahlergebnis:

Konzentration auf die Mitte und gemäßigte Linke

nur gratulieren; denn eine Entwicklung in reaktionär-ultranationalistischer Richtung, wie sie das «Movimento Sociale Italiano» vertritt, hätte früher oder später zu einer neuen Katastrophe geführt.

De Gasperi und seine Mitarbeiter haben die höchst seltene Tat vollbracht, ihren politischen Kredit trotz heftigster Anfeindungen und oft fast unüberwindlicher Schwierigkeiten während der zweijährigen Regierungszeit nicht nur gehalten, sondern in bedeutendem Ausmaße verstärkt zu haben. Das italienische Volk hat ihnen ein Vertrauensvotum ausgesprochen, wie sie es schöner nicht erwarten konnten. Aber dieses Votum bedeutet gleichzeitig die Wiederbetrauung mit der sehr dornenvollen Mission, Italien nun endlich den Frieden und Wohlstand zu verschaffen. Die Achtung und Sympathie, die sich das italienische Volk durch seinen mutigen Entscheid vom 18. April in der Welt erworben haben, dürften diese schwierige Aufgabe erleichtern helfen.

Für das freie Europa bedeutet der Wahlausgang eine große Verpflichtung: dem hartgeprüften Brudervolke, das trotz allen Enttäuschungen und Nöten der letzten Jahre nicht den Lockrufen seiner falschen Apostel, sondern der

Stimme der Vernunft

gefolgt ist, mit allen Kräften in seinem schweren Existenzkampfe beizustehen, ist ein Gebot europäischer Solidarität. Ein Appell, der uns Schweizer als Nachbarn im wohlbestellten Haus besonders angeht. Vor dieser großen Aufgabe haben kleintüchtige oder engherzige Bedenken zu verschwinden, denn es geht um unser aller Schicksall!

Peregrinus.

Londoner Brief

Der *Ausgang der italienischen Wahlen* wurde in England mit einer Spannung erwartet, die nicht sehr viel stärker hätte sein können, wenn es sich um Wahlen im eigenen Land gehandelt hätte. Jeder Beobachter des internationalen Horizonts fühlte, was auf dem Spiele stand. Ein Sieg der italienischen Kommunisten hätte die Gefahr nahe gebracht, daß der Eiserne Vorhang, der im Februar über Prag niedergegangen war, bis nach Rom vorgeschoben worden wäre und daß die russische Machtsphäre auch nach Westeuropa übergegriffen hätte. Was wäre dann aus dem Wiederaufbau Europas geworden, für den der amerikanische Kongreß soeben eine Hilfe beschlossen hatte, deren Großartigkeit ohne Vorgang in der Geschichte ist? Sie war von der überwältigenden Mehrheit der Engländer mit freudiger Dankbarkeit begrüßt worden, und die Energie, mit der Bevin sich für den schleunigen Ausbau der zur Durchführung des Marshall-Plans erforderlichen Organisation eingesetzt hatte, fand lebhafteste Zustimmung. Kein Verständiger verhehlt sich den Ernst der Lage, die besonders durch das Vorgehen der Russen in Berlin geschaffen worden ist. Wer ihn noch nicht erkannt hatte, dem ist er durch das schreckliche Flugzeug-Unglück in Gatow zum Bewußtsein gebracht worden. Der Übermut, mit dem ein russischer Flieger zwei Dutzend Menschenleben aufs Spiel gesetzt, muß an den Funken erinnern, der neben einem offenen Pulverfaß aufspringt; die dreiste Entstellung des Tatbestandes durch die Russen und die Winkelzüge, mit denen sie seine Aufhellung vereiteln wollten, haben die Nerven der Engländer auf eine harte Probe gestellt. Umso mehr mußte bei dieser Lage der

Vorstoß der Herren Zilliacus und Genossen

empören, die gegen die klare Haltung ihrer eigenen Partei dem mit den Kommunisten verbündeten Nenni ihren Wahlsegen spendeten. Diesmal scheinen die Herren aber doch die Langmut ihrer Parteiführer überschätzt zu haben. Wenn man aus Morrisons Ton Schlüsse ziehen darf, will er jetzt fürchterlich Musterung halten. Abgesehen von dieser mehr lauten als starken Gruppe — und natürlich den englischen Kommunisten selbst — begrüßt man die unerwartet schwere Niederlage der italienischen Volksfront mit großer Freude als eine Niederlage der russischen Politik und damit als eine Erleichterung der internationalen Lage. Die Russen sind auf dem Schlachtfeld geschlagen worden, das sie sich selber ausgesucht haben: im Kampf um den Marshall-Plan. Sie haben ihn willkürlich als einen Übergriff des amerikanischen «Imperialismus» zurückgewiesen und verdammt, sie haben die Tschechoslowakei, die an ihm teilnehmen wollte, erst gezwungen, davon abzusehen und dann gewaltsam überrannt. Jetzt müssen sie sehen, daß das italienische Volk, das noch in der glücklichen Lage ist, frei entscheiden zu können, einen Wiederaufbau mit amerikanischer Hilfe dem russischen Diktat vorzieht, selbst wenn dieses sich unter dem verehrten Namen Garibaldi versteckt. Die Staaten Westeuropas,

Großbritannien voran, werden sich mit doppeltem Eifer der *Durchführung des Marshall-Plans* widmen können — vorausgesetzt, daß sie jetzt von gewaltsamen Störungen verschont bleiben. Über die entscheidende Bedeutung der amerikanischen Hilfe für Großbritannien ist sich der Schatzkanzler *Sir Stafford Cripps* jedenfalls klar. Als er am 6. April sein

Budget

einbrachte, konnte er mit ihr bereits als mit einer feststehenden Tatsache rechnen, und er machte kein Hehl daraus, vor welchen kaum überwindlichen Schwierigkeiten er ohne diese Hilfe gestanden hätte. Überhaupt muß man ihm nachrühmen, daß er in seiner Rede, welche die wirtschaftlichen ebenso wie die finanziellen Probleme umfaßte, vor dem Aussprechen bitterer Wahrheiten nicht zurückschreckte. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Dr. Dalton versuchte er nicht, die tatsächlichen Schwierigkeiten wegzudisputieren, und mancher Abgeordnete mag im Stillen dem voreiligen Journalisten gedankt haben, dessen allzu flinkes Ausplaudern der Dalton'schen Indiskretionen das Land von einem gefährlichen Finanzminister befreit hat. Dalton selbst beeilte sich, diesen Eindruck noch zu verstärken, als er in der Debatte den Mut hatte, das klägliche Fiasko seiner «Billiges-Geld-Politik» auf eine Verschwörung der Bankiers zurückzuführen, etwa wie vor einem Jahrhundert die Staatsmänner vom Schlage Metternichs alle Fehlschläge durch Verschwörungen geheimer Gesellschaften zu erklären pflegten. Wenn der Ernst und die Gründlichkeit, mit denen Sir Stafford Cripps den Problemen zu Leibe ging, allseitige Anerkennung fand, so gilt das natürlich nicht im gleichen Maße von seinen

positiven Steuervorschlägen.

Hiebei nehmen die direkten Steuern das größte Interesse in Anspruch. Wenn Cripps darauf ausgeht, sie so zu gestalten, daß sie den Anreiz zur Arbeit nicht allzu sehr verkleinern, so konnten ihm gerade seine politischen Gegner voll zustimmen. Er sucht das namentlich durch erhebliche Verbreiterung der Einkommensstufe zu erreichen, die mit 6 sh. statt mit 9 sh. im Pfund besteuert wird. Das wurde von keiner Seite angefochten. Freilich darf man nicht übersehen, daß die an sich begrüßenswerte Reform eine politisch bedenkliche Folge hat; die überwältigende Menge der Lohnempfänger wird künftig an dem «normalen» Steuersatz von 9 sh. nicht mehr interessiert sein, der zu einem privilegium odiosum der bürgerlichen Schichten werden wird. Dieser Klassencharakter der sozialistischen Steuerpolitik wird noch betont durch jenen Steuervorschlag, der am meisten umstritten wurde: die Sonderabgabe vom Kapitaleinkommen der hohen Steuerzahler. Sie soll in diesem Steuerjahr 50 Millionen Pfund einbringen. Dabei ist der Betrag nicht etwa nötig, um eine Lücke im Budget zu stopfen; dieses weist vielmehr ohnedies einen Überschuß auf. Er ist ausschließlich dazu bestimmt, diesen Überschuß noch zu erhöhen. Denn ein echter Budget-Überschuß ist nach der Ansicht des Schatzkanzlers notwendig, um die wachsende Inflation zu bekämpfen. Diese Ansicht wird allgemein, besonders auch von den Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft, geteilt. Aber so richtig dieser Satz ist, so sehr kommt es doch im konkreten Fall darauf an, *auf welche Weise* der Überschuß zustande kommt. Würde er z. B. durch Kürzung der staatlichen Beihilfe für Lebensmittel, die sich heute auf 400 Millionen belaufen, um 50 Millionen erzielt, so könnte an der anti-inflationistischen Wirkung kein Zweifel sein; denn die Konsumenten wären gezwungen, ihren sonstigen Bedarf um diese 50 Millionen zu verringern. Der sehr eindringlichen Kritik, die von konservativen Rednern, wie Lyttelton und Stanley, an seinem Vorschlag geübt wurde, konnte Cripps nicht mehr entgegensetzen als das schwache Argument, die Einwirkung auf die Inflation sei mehr eine psychologische als eine wirtschaftliche Frage, und er neige im ganzen zu der Ansicht, daß eine nicht-inflationistische Wirkung nicht aus-

bleiben werde. Man wird ihm daher schwerlich Unrecht tun, wenn man annimmt, der eigentliche Grund seines Vorschlages sei das Bestreben, zu dem sich auch ein Regierungsvertreter offen bekannte, die Einkommen noch weiter auszugleichen, mit anderen Worten, die «Reichen» oder diejenigen, welche die Regierung dafür hält, noch weiter «bluten» zu lassen. Der verheerenden Wirkung dieser Steuerpolitik auf den Kapitalmarkt suchte Cripps dadurch vorzubeugen, daß er mit Nachdruck betonte, diese Abgabe sollte nur einmal erhoben und nicht wiederholt werden. Aber der preußische Finanzminister Johannes Miquel, der ein sehr kluger Mann war, pflegte von solchen Steuerformen zu sagen, sie seien «sehr entwicklungsfähig».

Neben den finanziellen und wirtschaftlichen Fragen war es eine Vorlage zur Reform des Strafrechts, welche das Unterhaus in den letzten Wochen beschäftigte. So viel des Wichtigen und Interessanten sie für den Juristen bot, das öffentliche Interesse konzentrierte sich auf *eine* Frage: Aufrechterhaltung oder

Beseitigung der Todesstrafe.

Die Regierung hatte sich für ihre Beibehaltung entschieden, aber in ihrer Partei so viel Widerstand gefunden, daß sie die Abstimmung freigab; diese Freiheit ging sogar so weit, daß selbst die einzelnen Mitglieder der Regierung nicht genötigt waren, für ihre Vorlage zu stimmen. In der Tat ist es auch keine Parteifrage. Der Antrag, die Todesstrafe für fünf Jahre außer Kraft zu setzen, wurde gemeinsam von einem sozialistischen und einem konservativen Abgeordneten gestellt. Die Freigabe der Abstimmung hatte einen günstigen Einfluß auf die Diskussion, weil sie den Rednern das Gefühl gab, durch ihre Argumente die Abstimmung beeinflussen zu können, wovon in der Regel keine Rede sein kann, wenn jeder von vornherein weiß, daß die Parteiführer kommandieren. So hob die Debatte sich auf ein ungewöhnliches Niveau. Aber das Ergebnis bringt die Regierung in eine paradoxe und unbehagliche Lage. Sie blieb mit etwa zwanzig Stimmen in der Minderheit. Dieser Entscheidung muß sie sich loyal unterwerfen. Aber ein Beschluß des Unterhauses schafft noch kein Gesetz. Dazu gehört noch die Zustimmung des Oberhauses. Wie aber, wenn dieses seine Zustimmung versagt? Kann die Regierung den Kampf gegen die Lords aufnehmen zu Gunsten einer Maßregel, die sie selbst für falsch erklärt?

Ignotus.

Brief aus Paris

Die Ergebnisse der italienischen Wahlen wurden in Frankreich mit großer Ungeduld erwartet. Der 18. April war als der Tag bezeichnet worden, der das Schicksal Europas und der Welt enthüllen sollte. In der diesem Datum vorausgehenden Woche hatten sich die aufgeregten Geister immerhin doch entspannt. Die nach Italien entsandten Beobachter meldeten übereinstimmend, daß der Wahlfeldzug sich relativ ungestört unter Wahrung der Spielregeln abwickle. Unmittelbar vor den Wahlen trat ein aufsehenerregendes Ereignis ein: indem es sich der Rückgabe Triests widersetzte, ließ Moskau die italienischen Kommunisten fallen. Das hieß also, daß es an seinen eigenen Erfolg — zu dieser Zeit und an dieser Stelle — nicht glaubte; gleichzeitig aber bedeutete das für Frankreich und das westliche Europa die Aussicht auf eine Atempause.

Vor einem kommunistischen Erfolg in Italien fürchtete man sich ganz besonders in Frankreich, und zwar deshalb, weil er eine gemeinsame Grenze zwischen diesem Land und dem Kommunismus geschaffen und einer Infiltration in die Ge-

bierte der Provence und der Languedoc Möglichkeiten eröffnet hätte. Die extremen Elemente sind zahlreich in jener Gegend, die den Verbindungsweg der Hauptstadt zum Mittelmeer, zu Nordafrika und der französischen Union darstellt. Gleichzeitig wären die Erfolgsaussichten des verbündeten Westeuropa stark vermindert worden; und dies direkt nach der Unterzeichnung der

Übereinkunft der 16 Nationen

am 16. April zu Paris. Es zeigt sich, daß das betreffende Dokument kein alltägliches diplomatisches Werkzeug ist. Die darin festgelegten Ziele beschränken sich nicht auf die Verwaltung der kommenden Marshall-Hilfe, sie sind vielmehr auch auf eine weitgehende wirtschaftliche Verständigung gerichtet, die eine Zunahme der Ergiebigkeit der Länder, ihres Wohlstandes und der Zahl ihrer Vollbeschäftigten bringen soll. Es sieht die vollstreckenden Organe vor, die für die Umsetzung dieser Ziele in die Praxis nötig sind. Wenn der Sturm den Baum nicht vorzeitig wegrißt, so wird man ihn nach seinen Früchten bewerten können; aber schon allein die Tatsache, daß man ihn überhaupt gepflanzt hat, zeigt klar, daß die Geschichte Europas in eine neue Phase eingetreten ist.

Die Wirkung der italienischen Wahlen auf die französische Innenpolitik

darf nicht unterschätzt werden. Eine erhebliche Zahl der italienischen Wähler der Linken hat ihre Stimmen auf die sozialistische Partei Saragats übertragen. Die italienische sozialistische Partei ist in die durch Saragat und Nenni vertretenen Richtungen gespalten. Demgegenüber hat die französische sozialistische Partei ihre Einheit bewahrt. Aber es handelt sich dabei mehr um einen äußeren Anschein, als um Wirklichkeit; jedermann weiß, daß sie in ihren Reihen sowohl mit dem Kommunismus Liebäugelnde wie auch Antikommunisten zuläßt. Léon Blum und Guy Mollet spielen da die Saragat und Nenni entsprechenden Rollen. Es scheint, daß der Sieg der Anhänger Saragats in Italien dazu angetan ist, in Frankreich die Stellung Léon Blums und auch die der ganzen sozialistischen Partei zu stärken, und daß die zum Kommunismus hinneigende Richtung innerhalb der Partei an Boden verlieren wird.

Es ist dies um so wichtiger, weil die christlichen Demokraten kaum danach trachten können, in Frankreich eine ebenso entscheidende Rolle zu spielen wie in Italien, wo der Einfluß des Papsttums, wo der vom Klerus ausgeübte Druck, besonders auf die weibliche Bevölkerung, so stark ist. In Frankreich ist die für einen Erfolg der «Troisième Force» unerläßliche Bedingung das Bestehen einer sozialistischen Partei, die weder in Teile zerfallen ist, noch im Verdacht steht, für Moskau zu arbeiten.

Die italienischen Wahlen können also die Wirkung haben, in Frankreich der «Troisième Force», die ins Hintertreffen geraten schien, wieder etwas Ansehen zu geben. Es ist aber wahrscheinlich, daß General de Gaulles RPF mit Vorsprung den Sieg davonträgt, wenn das Land morgen zu den Wahlurnen gerufen werden sollte. Das Ergebnis der algerischen Wahlen ist von diesem Gesichtspunkt aus bezeichnend.

Aber auch zu folgender, nicht unwichtigen Beobachtung geben die italienischen Wahlen Anlaß: trotz dem taktischen Zurückweichen Moskaus, trotz dessen Triest betreffende Ablehnung

hält der Kommunismus seine Stellungen von 1946.

Man könnte daraus folgendes Gesetz ableiten: der erfolgreichste antikommunistische Wahlfeldzug hat nicht die Wirkung, die kommunistischen Wähler ihrer Partei ab-

spenstig zu machen. Man kann zweifeln, ob neue Wahlen in Frankreich Thorez auch nur einen einzigen seiner Anhänger kosten würden.

Mit der Rückkehr des Parlaments tritt in Frankreich die Innenpolitik nach der Osterpause wieder in ihre Rechte. Ein und derselbe Tag, der 18. April, wurde mit langen Reden überflutet: in Paris durch Thorez, in Poitiers durch den Ministerpräsidenten, in Marseille endlich durch General de Gaulle. Man war vorher etwas unruhig gewesen, in welcher Weise Arbeiter und Kommunisten in dieser brodelnden Stadt wohl reagieren würden. Zum Glück waren umfangreiche militärische und polizeiliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Es gab keinerlei Zusammenstoß. Die Begeisterung des Volkes aber hat sich angesichts de Gaulles in unzweifelhafter Weise kundgetan.

Die Politik von heute ist deshalb einigermaßen verwirrend, weil sie nicht mehr darin besteht, ein Ideal einem anderen entgegenzusetzen, eine Fahne einer anderen, gewisse Worte anderen Worten. In unseren Tagen ist es das Feinste vom Feinen, wenn man das Gleiche sagt wie der Gegner, und je erbitterter man kämpft, um so bessere Argumente für Mäßigung bringt man vor. Man sammelt, man einigt, man reicht die Hand. Man ruft die Moralität zu Hilfe (de Gaulle), das moralische Gefühl (Thorez), den Menschen in sich (Schuman). Und aus dem allem zieht man den Schluß, daß der die einen von den anderen trennende Graben unüberschreitbar ist. Jedenfalls ist das die Nutzenanwendung, die qualifizierte Beobachter aus dieser Gleichartigkeit der Ermahnungen glauben ziehen zu können. Der Mann der Straße aber hat vielleicht Sehnsucht nach den guten alten Zeiten, in denen das Rote, das Schwarze und das Weiße sich nicht vermischten.

Um von praktischen Dingen zu sprechen: aus dem Tag von Marseille geht deutlich hervor,

daß General de Gaulle allgemeine Wahlen will.

Aber es besteht kaum die Wahrscheinlichkeit, daß das Parlament binnen kurzem Harakiri macht. De Gaulles Machtantritt wird also eher durch ihn selbst verzögert, als durch seine Gegner. Was die erstrebten Ziele betrifft, so scheinen sie ganz gleich zu sein, ob sie nun von Schuman oder von de Gaulle dargelegt werden. Das gibt Remy Roure in «Le Monde» Anlaß, einen merkwürdigen Ausspruch von Anatole France anzuführen: «Sie wollen die gleiche Sache, aber der eine will sie auf prächtige und stolze Art, und der andere mit Einfachheit und Bescheidenheit». Ich weiß nicht, welche Politiker es waren, die Anatole France zu dieser Bemerkung veranlaßten. Sie scheint beweisen zu wollen, daß die Politik mehr eine Frage des Charakters als die einer Doktrin ist. Ich frage mich aber, ob es auch ohne den vom RPF ausgeübten Druck den leitenden Männern der «Troisième Force» so klar zum Bewußtsein gekommen wäre, daß sie beide, «Troisième Force» und RPF, die gleichen Pläne verfolgen.

Bertrand de la Salle.

Brief aus Österreich

Aus Wien wird uns geschrieben:

Sang- und klanglos ging dieses Jahr in Österreich ein Tag vorüber, von dem die Geschichtsbücher behaupten, er sei der *Tag der österreichischen Befreiung* gewesen. Sie meinen den 13. April 1945 und jedes Jahr finden an diesem Tag Feiern statt, die der Bevölkerung dieses Ereignis in Erinnerung rufen sollen. Aber heuer sah man in ganz Wien nur auf den staatlichen und den städtischen Gebäuden die

Flaggen der österreichischen Republik, während die Bevölkerung in staunenswerter Einmütigkeit die Aufforderung ihres Bürgermeisters, Fahnen zu hissen, ignorierte. Selbst in der Ostzone, wo in den Provinzstädten ein gewisser «Befreiungseifer» an den Tag gelegt werden mußte, um die Besatzungsmacht nicht zu verstimmen, war es nicht anders: man kommandierte die Arbeiter der russischen «Usiva»-Betriebe, die Lehrerschaft und die Beamten zu jenen Feiern, die angeblich der österreichischen Befreiung gelten sollten, in Wirklichkeit aber nichts anderes als eine devote Kundgebung für die Sowjetmacht waren. Die Begeisterung mußte sich auf jene *kleine kommunistische Claque* beschränken, die seit drei Jahren die Nutznießerin der russischen Besetzung ist. Es ist eine Claque, deren Augen und Ohren überall sind und die sehr wohl weiß, wie sie ihren Dank für die Geschenke der Russen abzustatten hat.

Diese Tatsachen, die nur die äußere Resonanz der Stimmung innerhalb des österreichischen Volkes ist, haben mancherlei Ursachen. Vielleicht waren schon vor einem oder zwei Jahren die Umstände, unter denen sich die Besetzung Österreichs durch die Sowjetarmeen vollzog, ein Grund dafür, warum zwischen diesem kleinen Volk und der großen eurasiatischen Macht keine Atmosphäre der Freundschaft entstehen konnte. Denn man darf nicht vergessen, daß sich Stalins Armeen in Österreich nur zu oft recht grausam benommen haben. In Westösterreich, wo man derlei Dinge nur vom Hören und Sagen kannte, waren es die vielen tausend heimgekehrten Kriegsgefangenen, die — wie in Italien — zu schlechten Propagandisten Rußlands in Österreich wurden. Schließlich vergeht keine Woche, in der nicht eine Stellungnahme der Sowjetunion *gegen* Österreich zu verzeichnen wäre — nur deshalb, weil sich das Volk von Österreich mit Europa und der westlichen Welt verbunden fühlt und weiß, daß eine Anlehnung an Rußland gleichbedeutend mit dem Verlust seiner demokratischen Freiheiten wäre. Man braucht nur an die

Staatsvertragsverhandlungen in London

erinnern, die in ein endloses Palaver ausgeartet sind, das seit 14 Monaten kein Ende nehmen will. Selbst die Russen sagen, Österreich brauche keine Reparationen zu bezahlen, aber die von ihnen vorgeschlagene Ablösung für das «deutsche Eigentum» von (jetzt «nur») 150 Millionen Dollar kann doch als nichts anderes betrachtet werden denn als überaus harte Last für diesen kleinen Staat, der vor zehn Jahren als erster seine Unabhängigkeit verlor. Während zwei Drittel der Konzessionsrechte der österreichischen Erdölquellen an die Sowjetunion fallen sollen, bleibt für Österreich das restliche Drittel nicht nur zur Deckung seines eigenen Bedarfs, sondern auch für den Export, deren Erträge zum Ankauf von Lebensmitteln und überdies noch zur Tilgung jener 150 Millionen Dollar innerhalb von sechs Jahren verwendet werden sollen.

Die westlichen Alliierten

haben in den Londoner Verhandlungen nicht gerade besonders viel Rückgrat gezeigt und wären oftmals nur allzu geneigt gewesen, sich auf Kosten Österreichs mit den Russen zu einigen. Am vernünftigsten war noch die Haltung der Engländer, die lediglich bereit waren, den Russen 40 % der österreichischen Erdölproduktion zu geben. Die Franzosen, deren Vermitteln Österreich teuer zu stehen gekommen wäre, schlugen 50, später sogar 53 % vor. Es lohnt sich, bei diesen Zahlen ein wenig zu verweilen und daran zu erinnern, daß bereits im Sommer 1945 die Russen an die damalige Regierung Renner mit dem Vorschlag herantraten, das gesamte «deutsche Eigentum» in gemeinsame Verwaltung zu nehmen. Österreich hätte an diesen bilateralen Gesellschaften mit 50 % partizipiert, wobei die Investitionen von den Russen getragen worden wären. Da damals nur die Kommunisten diesen Plan unter-

stützten, wurde er abgelehnt. Aber selbst wenn über das Erdöl eine Einigung zustande käme, blieben noch ein gutes Dutzend Probleme ungeklärt. Dazu gehört auch die Frage der

Grenzen in Kärnten,

hinsichtlich der die Russen immer noch den jugoslawischen Standpunkt vertreten. Heute sind jedoch die Chancen Titos noch weitaus geringer als vor zwei Jahren. Die pseudokommunistische «Osloboditelna Fronta» (Befreiungsfront) ist völlig zerfallen, nachdem sich der katholische Flügel selbständig gemacht hat. Die Reaktivierung der «Partei der Kärntner Slowenen», die bis 1934 bestand, steht bevor und es sind sogar schon Stimmen laut geworden, die ein Verbot der «Befreiungsfront» verlangt haben. Der wichtigste Schachzug der österreichischen Regierung in dieser Frage scheint die Gewährung einer Kulturautonomie für die slowenische Volksgruppe zu werden. Ein Gesetzentwurf aus dem Jahre 1927 liegt bereits vor und damit wird wohl der letzte Schritt zur inneren Konsolidierung Kärntens getan werden.

Die «Geheimverhandlungen»

zwischen der Volkspartei und den Sozialisten haben trotz des Dementis des Vizekanzlers Dr. Schärf stattgefunden. Es spielt dabei keine Rolle, daß man diese Angelegenheit jetzt bagatellisieren und am allerliebsten darüber schweigen möchte. Die Tatsache bleibt bestehen, daß je vier Delegierte der beiden Parteien über wichtige Probleme einer nahen Zukunft beraten haben. Die Taktik, die man dabei verfolgt, kann am besten mit dem Satz «Getrennt marschieren, vereint schlagen» definiert werden. Fürs getrennte Marschieren sind hauptsächlich die Sozialisten, die an ihrem linken Flügel doch allerhand unsichere, wenn auch nicht gerade bedeutende Elemente haben, die mit den Kommunisten liebäugeln. Wiewohl die Besprechungen noch andauern, konnte in vielen Punkten bereits eine Einigung erzielt werden. So in den Fragen der Nachfolge für den Bundespräsidenten, des Funktionierens des Parlamentspräsidiums, der Neuwahlen und des aufzustellenden Heeres. Bezüglich der Agrar- und Industriepreise, der Reform des Ehegesetzes und hinsichtlich der Zulassung von Konfessionsschulen gab es Differenzen, doch werden diese Probleme bei der durch die weltpolitische Lage bedingten beiderseitigen Kompromißbereitschaft zweifelsohne noch ihre Lösung finden und Österreich damit jenes Schicksal ersparen, das die Uneinigkeit der nichtkommunistischen Parteien über die Tschechoslowakei hat hereinbrechen lassen.

Brief aus Südtirol

«I dirigenti del Volkspartei salutano il loro fedele alleato Alcide De Gasperi» — mit diesem freundlichen Maueranschlag begrüßte die «Südtiroler Volkspartei» den italienischen Regierungschef, als er am 5. April nach Bozen kam. Er sprach auf dem Waltherplatz, der jetzt wieder so heißen darf, nachdem er dreißig Jahre lang von den Italienern erst Viktor Emanuel und dann Maria genannt worden ist. Das Denkmal des Vogelweiders ist noch nicht an seine alte Stelle zurückgekehrt, aber auch das wird nun bald geschehen. Im windbewegten Lampenlicht, das scharfe Schatten zeichnete, sah der italienische Staatsmann noch rabenhafter aus, als ihn die Karikaturisten darstellen. Auch die Stimme, vom Wahlkampf arg mitgenommen, klang wie die eines Raben, und die Rede bestätigte, daß das schwarze Gefieder einen

sehr klugen Vogel umhüllt. Von den frisch verschneiten Bergen wehte es kalt herab, aber die dreißigtausend Menschen, die den schönen Platz füllten, hießen De Gasperi mit echter Wärme willkommen, ob sie nun deutsch oder italienisch sprachen, und daß muß ihm sehr wohlgetan haben, denn er ist selbst ein Tiroler. In seiner Jugend vertrat er Welschtirol im Innsbrucker Landtag und in der Kaiserstadt Wien im Reichsrat der Vereinigten Königreiche und Länder. Als Ministerpräsident Italiens nach dem zweiten Weltkrieg focht er erfolgreich gegen die Wiedervereinigung Deutschsüdtirols mit Österreich — und dennoch grüßt ihn die «Südtiroler Volkspartei» als ihren fedele alleato. Dieser Erfolg gibt Zeugnis von echter Staatskunst.

Südtirol zu besuchen, ist heute ein seltsames politisches Erlebnis. Es ist das einzige Land, wo es einer deutschen Minderheit nicht unvergleichlich schlechter, sondern viel besser geht als vor dem Kriege. Es ist das Land, wo zwei Völker von alter und ebenbürtiger Kultur gezeigt haben, daß man den Teufel des modernen Nationalismus vom Thron stoßen kann. Die von den Siegern im Jahre 1919 begangene

Zerreißung Tirols

wurde nicht gutgemacht, und ganz schweizerisch geht es auch jetzt noch nicht zu. Aber wo Jahrzehnte lang Unterdrückung und gegenseitiger Haß herrschten, atmet man endlich wieder die gute Luft echter Toleranz. Nicht nur die Aufschriften und Speisekarten sind zweisprachig, sondern auch die Menschen; in den Schulen ist die andere Sprache Pflichtgegenstand und auf der Straße wie in Gesellschaft wird einfach diejenige verwendet, mit der man besser weiterkommt, wie das unter gesitteten Leuten sich von selbst versteht. Natürlich ist die Bereitschaft, die zweite Sprache zu lernen, dadurch gefördert, daß beide die Schlüssel zu reichen Schatzkammern sind. Das gilt nicht von allen Sprachgrenzen in Europa.

Wäre der Brennerpaß nicht eine Staatsgrenze geworden, so könnten die Tiroler im Jahre 1950 ihre Siebenhundertjahrfeier begehen. Tirol, das hieß immer Freiheit und Selbstverwaltung. Tirol ist eine der seltensten Bauerndemokratien der Welt. Als die Habsburger im Jahre 1363 die reichsunmittelbaren Grafen von Tyrol erbten, wurde Tirol ein autonomes Land mit eigenem Landtag. Hier gab es keine Leibeigenschaft. Schon im fünfzehnten Jahrhundert saßen die Bauern im Landtag neben Adel, Geistlichen und Bürgern. Als Kaiser Franz drunten in Wien sich dem General Bonaparte unterwarf, setzten die Tiroler den Kampf allein fort. Zweimal warfen sie die Franzosen und deren bayrische Verbündete aus dem Land, geführt von Andreas Hofer — gleich den Grafen von Tyrol einem Südtiroler. Noch im ersten Weltkrieg wählten die Tiroler Standschützen ihre eigenen Offiziere. Die Tiroler machten immer von ihrem Vorrecht Gebrauch, den Kaiser zu duzen, und in Friedenszeiten durften sie Kriegswaffen tragen.

Im Jahre 1919 hätte man die neue Grenze zwischen Italien und Deutschösterreich als Sprachgrenze bei Salurn, südlich von Bozen, ziehen können, aber die Italiener verlangten die *strategische Brennerlinie*, und da man ihnen das im Krieg versprochene Dalmatien vorenthielt, wurde Südtirol geopfert, wodurch, zu allem Überfluß, auch noch Osttirol von Nordtirol räumlich getrennt wurde. Während der

Pariser Friedensverhandlungen von 1946

dachten Byrnes und Bevin an Gutmachung, aber man wollte die Südslawen durch Istrien und Triest befriedigen und Südtirol diene als Trostpreis. Bevin und Byrnes waren dankbar, als De Gasperi und der österreichische Außenminister Karl Gruber ihnen mit einem Abkommen aus der Verlegenheit halfen. Immerhin bestanden sie darauf, daß dieses Abkommen in den italienischen Friedensvertrag aufgenommen werde.

Um dieses Abkommen abzuschließen, brauchte *Dr. Gruber*, selbst ein Tiroler, nicht nur außenpolitischen Weitblick, sondern auch persönlichen Mut, denn obwohl er mit Zustimmung der berufensten Vertreter Südtirols handelte, wurde ihm zu beiden Seiten des Brenners vorgeworfen, er habe auf eine unverjährende Forderung verzichtet. Der Regen wurde zu Hagel, als in den folgenden Monaten der Eindruck entstand, De Gasperi wolle das Abkommen verletzen. Der strittige Punkt war vor allem die Zusage der Autonomie an die Südtiroler. Klarerweise waren damit die Deutschen Südtirols gemeint, die den Norden des Landes bewohnen. Einen Zipfel rund um Cortina hatten die Italiener nach dem ersten Weltkrieg der Provinz Belluno zugeschlagen. Im übrigen hatten sie Südtirol in zwei Provinzen geteilt, das überwiegend welsche Trentino mit der Hauptstadt Trient und das überwiegend deutsche Alto Adige (Oberetsch) mit der Hauptstadt Bozen. Noch mehr Leid fügten sie den Deutschen dadurch zu, daß sie die damals noch mehrheitlich deutschen Städtchen Salurn und Neumarkt dem Trentino einverleibten.

Das Pariser Abkommen betraf die Provinz Oberetsch. De Gasperi ließ aber nachher erkennen, daß er die versprochene Autonomie dem ganzen ehemaligen Südtirol geben wolle, also der «Region», die die beiden Provinzen Trentino und Oberetsch zusammenfassen würde. Die Deutschen gerieten in große Aufregung, denn in dieser Region wären sie nur eine Minderheit gewesen.

Es schien, als handle De Gasperi als ein italienischer Nationalist. In Wirklichkeit handelte er als ein alter Welschtiroler, dem seine engeren Landsleute und Wähler mit dem Wunsch in den Ohren lagen, auch sie wollten vom römischen Zentralismus loskommen. Sie erinnerten sich der vorbildlichen altösterreichischen Verwaltung, die in Italien nicht ihresgleichen gefunden hat. Also verlangten sie Selbstverwaltung.

Zum Glück gab es unter den Deutschtirolern in Bozen und Innsbruck kluge Männer, die hinter De Gasperis scheinbarer Untreue die Hegelsche «List der Idee» erkannten. Wenn die Welschtiroler des Trentino dasselbe Selbstverwaltungsrecht verlangten wie die Deutschtiroler des Oberetsch — war das nicht ein sieghaftes Wiedererwachen des siebenhundertjährigen Gedankens der Tiroler Einheit? Im altösterreichischen Tirol hatten sich die Welschen auch als Minderheit immer erfolgreich durchgesetzt. Warum sollte das nicht auch den Deutschen Südtirols als Minderheit der neuen «Region» gelingen? In diesem Geiste wurde weiterverhandelt. Daß es im Februar 1948 zu einem befriedigenden Ausgleich kam, ist vor allem das

Verdienst De Gasperis und Dr. Grubers,

aber besonderes Lob verdienen auch der italienische Verhandlungsleiter Innocenti, die Südtiroler Führer Karl Tinzl und Erich Amonn und der Innsbrucker Universitätsrektor Franz Gschnitzer. Der Friedenswille zeigt sich am besten darin, daß das Wort «Tirol» wieder amtliche Geltung hat. Der Name «Südtirol» wurde zwar nicht genehmigt, wohl aber heißt die Provinz nun Alto Adige Tirolese, auf deutsch Tiroler Etschland. Ferner werden Neumarkt und Salurn, obwohl sie bereits eine welsche Mehrheit haben, vom Trentino getrennt und dem Oberetsch zurückgegeben. Die Autonomie wird der ganzen «Region» gewährt, aber das gilt hauptsächlich von der *Gesetzgebung* durch einen Regionallandtag, der zwei Jahre einen deutschen und zwei Jahre einen italienischen Präsidenten haben und dementsprechend entweder in Bozen oder in Trient sitzen wird. Die autonome *Verwaltung* wird im wesentlichen den Provinzen übertragen, die ihre eigenen Provinziallandtage haben werden. Die von Rom ernannten Provinzpräfekten verschwinden, und die Provinz erhält einen gewählten Provinzialpräsidenten, der dem Landeshauptmann in Innsbruck entspricht. Die Polizei bleibt allerdings staatlich unter einem ernannten Quästor. Doch bekommt die Provinz eine weitgehende Kulturautonomie, zum Beispiel das Recht der Lehrer-

ernennung, und eine im zentralistischen Italien recht ansehnliche finanzielle Autonomie.

Der Wermuthstropfen im Freudenbecher ist die leidige *Optantenfrage*, die trübe Erbschaft des Pakts zwischen Hitler und Mussolini. Damals, im Jahre 1939, spaltete sich unter unmenschlichem Druck die deutsche Bevölkerung Südtirols in vier Gruppen: 30 bis 40 000 blieben, wo sie waren, indem sie entweder gar nicht oder für Italien optierten. Diese sind natürlich als italienische Staatsbürger anerkannt. Etwa 160 000 optierten zwar für Deutschland, wanderten aber nicht ab. Sie bekommen die italienischen Bürgerrechte ohne weiteres zurück, sofern sie damals nicht deutsche Staatsangehörige wurden. Ungefähr 20 000 von ihnen wurden aber Reichsdeutsche, und wenn der Präfekt gegen ihre Rückbürgerung Einspruch erhebt, müssen sie sich besonderen Spruchkammern stellen. Es handelt sich dabei meistens um sogenannte Intellektuelle, die von der nationalsozialistischen Regierung in Südtirol verwendet wurden. Man fürchtet, daß die italienische Regierung Neigung haben wird, ihnen die Rückbürgerung zu verweigern. Noch unsicherer ist die Zukunft der rund 70 000, die für Deutschland optierten und tatsächlich abwanderten. Über ihre Rückbürgerung entscheidet in jedem einzelnen Fall der Innenminister, und ihm ist keine Zeitgrenze gesteckt. Wie man sieht, ist etwa ein Drittel der Südtiroler im Ungewissen geblieben. Das zukünftige Verhältnis der beiden Völker wird stark davon beeinflußt sein, ob die Administration sich an die von De Gasperi in Paris versprochene «Revision im Geiste der Billigkeit und Weitherzigkeit» halten wird.

Robert Ingram.

Brief aus Berlin

Drei Jahre ist es in diesen Tagen her, da saßen die Berliner in den vom zweijährigen Bombenkrieg noch nicht zerstörten Kellern ihrer Stadt: über ihnen und um sie herum wurde die letzte Schlacht des Hitler-Krieges, die Schlacht von Berlin gekämpft. Nur wer die Berliner Friedhöfe gesehen hat, vermag sich eine Vorstellung davon zu machen, wie blutig diese sinnlose Schlacht für die Zivilisten ebenso wie für die miteinander kämpfenden Armeen gewesen ist. Keine Stadt Deutschlands hat den totalen Zusammenbruch so erlebt und begriffen wie Berlin. Gerade aus diesem Begreifen heraus gingen die Berliner in den ersten Monaten mit größerer Energie an den Wiederaufbau als andere Städte, und im Herbst 1945 war Berlin trotz der großen Zerstörungen eine der bestaufgeräumtesten Städte Deutschlands.

Jetzt, nach drei Jahren, sind die Augen der Welt erneut auf Berlin gelenkt worden. Einige

dramatische Zuspitzungen

in der Auseinandersetzung zwischen den Westmächten und den Russen haben der Öffentlichkeit klar gemacht, daß dort eine der latenten Schlachten des kalten Krieges, die Schlacht *um* Berlin, ausgetragen wird. Die in der letzten Phase gezeigte feste Haltung der Westmächte hat günstige Auswirkungen auf Westeuropa und Westdeutschland gezeitigt. Die Berliner selbst sind trotz dieser von ihrer großen Mehrheit gewünschten festen Haltung der Westmächte nicht glücklich, im Gegenteil, es wachsen Besorgnis und Nervosität, wie aus den Erklärungen in den letzten Abgeordnetenversammlungen zu ersehen ist. Um dies zu verstehen, muß man sich die besondere und tragische Lage der Stadt vergegenwärtigen.

Berlin ist von den Alliierten als ehemalige Hauptstadt nicht nur des nationalsozialistischen, sondern auch des Weimarer und Bismarck'schen Reiches zum Sitz des alliierten Kontrollrates ausgewählt worden. Als einziger Teil Deutschlands gehört es nicht zu der Besatzungszone einer einzelnen Macht, sondern es wird von allen vier Mächten durch eine dem Kontrollrat direkt unterstellte Behörde, die sogenannte Kommandatura, verwaltet. Zwar gibt es auch in Berlin sogenannte «Sektoren» (russischer Sektor sind Stadtmitte und Osten, amerikanischer Süden und Südwesten, englischer Westen und französischer Norden), aber diese Sektoren haben ganz andere Bedeutung als die Besatzungszonen in Deutschland. Innerhalb ganz Berlins besteht volle Bewegungsfreiheit für Personen und Güter, die Verkehrsmittel nehmen von den Sektorengrenzen keinerlei Notiz, und die Verwaltung der ganzen Stadt liegt in der Legislative und Exekutive bei dem von der Viermächte-Kommandatura kontrollierten Magistrat. Um ein Beispiel zu nennen: die Lebensmittelversorgung ist in der ganzen Stadt einheitlich, die Besatzungsmächte liefern die erforderlichen Mengen nach einem zwischen ihnen vereinbarten Schlüssel aus ihren «Zonen» in einen Topf, der dann vom Magistrat verwaltet und verteilt wird. Aber schon auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft ist es durch die seit dem Herbst 1945 zunehmenden Spannungen zwischen den Alliierten zu einer solchen Regelung nicht gekommen, und die Rohstoffversorgung der vielen industriellen Betriebe Berlins ist dadurch laufend sehr schwierig und auch unterschiedlich. Berlins Bevölkerung hat sich in den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1946 eindeutig zu den

Prinzipien westlicher Demokratie

bekannt, nur 20 % votierten kommunistisch, — weniger als je zuvor! Praktisch aber ist Berlin und sind die Berliner vom Westen abgeschnitten. Für den Personenverkehr gibt es nur einen einzigen «Interzonenzug» täglich (Hannover-Berlin), für dessen Benützung es eines besonderen Interzonenpasses bedarf. Aller Güterverkehr mit dem Westen, hin und her, bedarf einer besonderen russischen Genehmigung, die in den letzten Monaten in ständig zunehmendem Maße erschwert worden ist. An diesem Punkte liegen die Hauptursachen für die — trotz der jetzt gezeigten festen Haltung der Westmächte — wachsende Besorgnis der Berliner Bevölkerung, des einfachen Mannes ebenso wie der verantwortlichen Leute in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat.

Die Stadt trocknet aus, das ist die Erkenntnis, der sich in zunehmendem Maße niemand entziehen kann. Berlins Bedeutung als Verkehrs- und Handels-Zentrum ist ohnedies erledigt, denn der Kriegsausgang hat es zu einer östlichen Grenzstadt gemacht. Seine Bedeutung als große Produktionsstätte der lohnintensiven verarbeitenden Industrie (Elektrotechnik, Maschinenbau, Textilkonfektion etc.) kann es nicht wieder gewinnen; neben den Rohstoffen fehlt es auf diesem Schlachtfeld des kalten Krieges an Investitionslust, und an dem durch den Marshall-Plan möglichen Aufschwung Westdeutschlands kann Berlin unter den jetzigen Voraussetzungen nicht teilnehmen. Und auch seine Stellung als größtes deutsches Verwaltungszentrum ist dahin und hat keinerlei Zukunftsperspektiven, dies im Unterschied von Wien, wo es immerhin nach wie vor die österreichische Regierung gibt. In Berlin gibt es keine deutsche und keine preußische Regierung mehr, es gibt nicht mehr die vielen zentralen Wirtschaftsverbände und die großen Verwaltungen der Industriekonzerne.

4,2 Millionen Menschen lebten in Berlin vor dem Kriege, 2,1 Millionen saßen bei der Schlacht von Berlin in den Kellern, heute sind es ca. 3,2 Millionen. Mit größerer Eindeutigkeit als andere westeuropäische Länder haben sie ihren Willen bekundet, vor allem anderen die Freiheit der Person zu wahren. Noch sind sie

weder frei von Furcht noch frei von Not. Sie wissen, daß unter den augenblicklichen weltpolitischen Spannungen und der Besetzungseinteilung Deutschlands eine verwaltungsmäßige Einheit Deutschlands, die ihre Lage ungeheuer erleichtern würde, nicht zu erreichen ist. Sie begrüßen deshalb alle Schritte zum Wiederaufbau eines gesunden Wirtschaftslebens in Westdeutschland, obgleich sie selbst zunächst keinen Anteil daran haben können. Die Position der Westmächte in Berlin ist zur Zeit der einzige Rückhalt für ihre Zukunftshoffnungen. Jeden Schritt, jede Reaktion der Westmächte in den Plänkeleien mit den Russen verfolgen sie mit banger Sorge. Aber sie wissen, daß es dabei nicht nur kein kleinstes Zurück geben darf, sondern daß mehr erforderlich ist: es müssen grundlegende neue Vereinbarungen über ihre Verbindung mit dem Westen getroffen werden. Hierfür erwarten sie eine Initiative seitens der Deutschen im Westen und deren kluge und behutsame Unterstützung durch die Westmächte und die anderen freien europäischen Völker, für die sie gemeinsam mit Wien und Triest Vorposten sind.

Konrad Mommsen.

Militärische Umschau

Rückblick auf ein Zentenarium

Die Wiederkehr des hundertsten Geburtstages von General *Ulrich Wille* fand eine ungewöhnlich starke Resonanz in der schweizerischen Presse. Ist dies mit den Worten des «*Courier de Genève*» vom 8. April zu erklären: «*Avec l'éloignement des années, la figure du général Wille a grandi*»? Bundesrat Scheurer hatte schon im Jahre 1923 im Ständerat vorausgesagt, «*die Geschichtsschreibung wird ihm gerecht werden*» (NZZ. Nr. 758, 1923).

Die von der Regierung des Standes *Zürich* am Grab, in der Universität und vor dem nunmehr eine Inschrift tragenden Hause Belmont veranstalteten Feiern bildeten einen harmonischen Dreiklang und waren in ihrer stilvollen Gediegenheit unübertrefflich. Eine in den vier Himmelsrichtungen durchgeführte Streife im schweizerischen Blätterwald ergibt eine bemerkenswerte Übereinstimmung im Gesamturteil. Die Zeitungen begnügten sich nicht mit ausführlichen Schilderungen der Feiern, der Wiedergabe der Rede von Bundesrat Kobelt, dem Abdruck des Tagesbefehls des Ausbildungschefs der Armee und biographischen Angaben. Viele Blätter brachten einen Auszug des in dieser Zeitschrift erschienenen Aufsatzes von Oberstdivisionär Schumacher. Die größeren Zeitungen veröffentlichten Originalaufsätze, welche die bleibenden Verdienste des militärischen Reformators ins rechte Licht rückten. So schrieb die «*Thurgauer Zeitung*»: «*Die Betrachtung seiner anhaltenden, erfolgreichen Wirksamkeit und die Zeiten, die wir seit ihm erlebten, haben uns belehrt, daß General Wille das Rechte gewollt hat. Das Schweizervolk ist ihm unendlichen Dank schuldig*» (Nr. 79). Im «*St. Galler Tagblatt*» lesen wir: «*Jedenfalls hinterließ Wille eine Armee, deren Form sein Lebenswerk war. Mit der Folgerichtigkeit einfacher, klarer Gedanken erfüllte er seine hohe Aufgabe*» (Nr. 156). Im Anschluß an eine Skizzierung der pädagogischen Grundsätze Willes bemerken die «*Basler Nachrichten*»: «*Wenn man diese goldenen Lehren überall richtig studiert und befolgt hätte, wäre das Schlagwort von der ‚Demokratisierung der Armee‘ recht überflüssig gewesen*» (Nr. 138). In diesem Sinne schrieb der «*Dovere*» vom 8. April «*era un educatore, un pedagogo militare eminente*». Die «*Gazette de Lausanne*» stellt fest:

«Ce qui reste de ce chef ... c'est la figure d'un grand soldat, d'un patriote qui a fait tout son devoir et qui par son travail acharné, son grand savoir et sa grande conscience a bien mérité de la patrie» (Nr. 80). Der «Bund» erblickt das große Verdienst Willes in der Tatsache, «daß er das Instrument geschaffen hat, das uns auch heute noch den Mut und die Zuversicht gibt, unsere Freiheit verteidigen zu können» (Nr. 155). Dies ist nur möglich, weil es Wille gelang, unsere Armee «aus den Niederungen einer Bürgerwehr zu einer geschätzten Miliz herauszuschaffen» («National-Zeitung», Nr. 152). Aus diesen Erwägungen kann die «Gasetta Romontscha» am 8. April schreiben: «Per l'organisaziun e l'instrucziun d'ell armada svizzera ha Wille acquistau nundispiteivels merets». Im «Journal de Genève» (Nr. 77) wird auch der schriftstellerischen Bedeutung Willes gedacht und das von ihm redigierte Kavalleriereglement erwähnt, das noch 1914 «comme le plus moderne des règlements de cavalerie» angesehen werden konnte. Die Zeitung «Volk und Armee» ignoriert Wille in ihrer Aprilnummer, in ihrer Januarnummer 1947 hatte sie ihm im Artikel «Absage an das Soldatische» vorgeworfen: «Und doch ist mit Wille das Preußentum zu uns gekommen. Er sprach wohl oft von der Demokratie, kannte aber diese Staatsform nur theoretisch». Dagegen schrieb jetzt die «Schwyzer Zeitung» «ein Mann von echt schweizerischer Prägung und Gesinnung» (6. April). Das «Volksrecht», führendes Organ der Sozialdemokratischen Partei, würdigte Wille durch Wiedergabe einer Reihe von Kernworten über die Mannschaftsbehandlung, die es den «Gesammelten Schriften» Schumachers entnahm (Nr. 84).

Da und dort erschienen sich widersprechende Angaben über die Stellungnahme des Parlaments zur Demission Willes und zu seinem Bericht. Die Kontroverse entstand durch eine Verwechslung der Verhandlungen bei den beiden Traktanden. Tatsache ist, daß im Dezember 1918 die Vereinigte Bundesversammlung, entsprechend dem Antrag des Bundesrates, dem General unter Verdankung der geleisteten Dienste den Abschied gewährte. Allerdings nahmen die Verhandlungen eine peinliche Wendung infolge eines Antrages des sozialdemokratischen Nationalrates Naine, die Verabschiedung sei «unter ausdrücklicher Mißbilligung seiner Tätigkeit» vorzunehmen. Für diesen Antrag stimmten 34, für den Antrag des Bundesrates 138 Parlamentarier. Die NZZ. schrieb damals: «Noch nie bot der Nationalratssaal ein so tief *betrübliches* Schauspiel wie heute» (NZZ., Nr. 1643 und 1645, 1918). Hinsichtlich des Berichtes Willes hatte der Bundesrat in seinem Bericht an die Bundesversammlung vom 6. Juni 1922 beantragt:

- „1. den Bundesrat zu beauftragen, dem General U. Wille von der erfolgten Kenntnisnahme durch die eidgenössischen Räte Akt zu geben;
2. den Bericht dem Bundesrat zu gutfindender Verwendung bei den Vorbereitungen zu einer neuen Ordnung des Wehrwesens zu überweisen».

(Bundesblatt 1922, Band 2, S. 575.)

Der Nationalrat entschied im Dezember 1922 im Sinne des Kommissionsantrages, der seinerseits dem Vorschlag des Bundesrates entsprach (NZZ., Nr. 1635, 1922); der Ständerat analog in der Juni-Session 1923 (NZZ., Nr. 758, 1923). Kommissionsreferenten waren im Nationalrat Lohner, im Ständerat Wettstein. Es wird Sache der Geschichtsschreibung sein, zu entscheiden, ob es richtig war, damals aus taktischen Gründen auf eine Danksagung zu verzichten. Scheurer selbst äußerte sich diesbezüglich im Ständerat: «Eine Danksagung zu Händen des Generals und des Chefs des Generalstabes wurde vom Bundesrat unterlassen, weil er nicht im Moment innerer Spaltungen neue Diskussionen heraufbeschwören wollte (NZZ., Nr. 758, 1923). Der Kommissionsreferent Lohner kam im Februar 1939 in einem Zeitungsartikel auf die Erledigung der beiden Traktanden zurück und gab eine den Tatsachen entsprechende Darstellung der Situation. Er beleuchtete auch die Stimmung der Nach-

kriegsjahre, die es, seiner Ansicht nach, offenbar als wünschbar erscheinen ließ, eine Wiederholung peinlicher Diskussionen, wie im Dezember 1918, aus dem Wege zu gehen (NZZ., Nr. 246, 1939). Immerhin, ein gewisses Malaise über die erwähnte Erledigung blieb bestehen. So ist es zu erklären, daß das «Badener Tagblatt» jetzt von einem posthumen Dank an den großen Truppenführer sprach (6. April) und «Le Démocrate» sagte: «Nous avons envers sa mémoire une dette de gratitude de tout premier ordre» (6. April).

In einem unveröffentlichten Befehl des Waffenchefs der Infanterie vom 2. April wird betont, zu Willes geistigem Erbe gehöre der Glaube an die kriegsbrauchbare eidgenössische Miliz und der Glaube an die militärische Befähigung unseres Volkes. *Diesen Glauben an die Brauchbarkeit unserer Miliz* müssen wir, allen Widerwärtigkeiten und Widerständen zum Trotz, durch solide Arbeit immer wieder rechtfertigen und wie eine leuchtende Fackel von Generation zu Generation weitergeben.

Ein Schulbeispiel

Unter dem sensationellen Titel *Kasernenbau auf Schleichwegen* berichtet die «*Berner Tagwacht*» in ihrer Nummer 83, die Grenadierkaserne in Losone bei Locarno, im Kostenbetrag von 6 Millionen Franken, werde nicht durch den Bund oder durch den Kanton Tessin gebaut, sondern durch eine Aktiengesellschaft, die sie der Eidgenossenschaft mietweise zur Verfügung stellen werde. Die «*Tagwacht*» erhebt den schwerwiegenden Vorwurf, das Militärdepartement suche den Grenadierwaffenplatz auf Schleichwegen zu erreichen und spricht von «skandalösen Machenschaften», weil man sich nicht getraue, den eidgenössischen Räten ein Kreditbegehren für die Errichtung der Kaserne vorzulegen, oder den Kanton Tessin zum Bau zu veranlassen. Dieser Vorwurf ist unbegründet; denn das E.M.D. macht hier, wie schon in früheren Fällen, von einer legalen Möglichkeit Gebrauch. Es steht nirgends geschrieben, nur der Bund oder die Kantone dürften Militärkasernen errichten. In der Regel ist dies zwar der Fall, weil das private Kapital für Kasernenbauten wenig Interesse zeigt. Fehlen einer Gemeinde oder einem Kanton die Mittel für einen Kasernenbau, muß er vom Bund vorgenommen werden. Sofern sich aber privates Kapital an Kasernenbauten interessiert und gewillt ist, dem Bund ein den militärischen Anforderungen genügendes Gebäude zu einem angemessenen Mietzins zur Verfügung zu stellen, kann der Bund selbstverständlich von einem solchen Angebot Gebrauch machen. Angesichts der Schulden des Bundes wäre es unverantwortlich, ein solches Angebot auszuschlagen und den Neubau, unter entsprechender Vermehrung der Bundesschuld, auf Kosten des Bundes zu errichten.

Die Besitzverhältnisse bei Waffenplätzen und Kasernen sind durchaus nicht einheitlich. Neben eidgenössischen und kantonalen Kasernen gibt es auch Kasernen im Eigentum von Gemeinden und von Körperschaften des öffentlichen oder privaten Rechtes. Die Errichtung der Kaserne von Losone durch eine Aktiengesellschaft ist somit durchaus in Ordnung und berechtigt in keiner Weise zu dem erwähnten Vorwurf. Nebenbei bemerkt ist es ganz interessant, daß die «*Berner Tagwacht*» im gleichen Artikel gegen die Errichtung des Waffenplatzes an sich polemisiert und sich für die Interessen einiger Besitzer von Ferienhäuschen im Pedemonte wehrt, die kaum Arbeitern gehören dürften. Soll einem bekannten sozialdemokratischen Führer ein Gefallen erwiesen werden?

Dieser Angriff der «*Berner Tagwacht*» gegen die «*Praxis des Departements Kobelt*» wird hier geschildert, weil er ein *Schulbeispiel* für die Methode gewisser Kreise bildet, die systematisch darauf ausgehen, völlig normale Angelegenheiten durch willkürliche Verdrehungen in ein schiefes Licht zu setzen und dadurch das Vertrauen in die Armeeleitung zu untergraben.

Militärische Gebirgsprobleme

Unsere militärgeographische Lage schließt den *Einsatz der Armee im Gebirge*, das uns wirksame Verteidigungsmöglichkeiten bietet, als wesentliche und wichtige operative Möglichkeit in sich. Da somit dem Gebirge im Rahmen unserer Landesverteidigung größte Bedeutung zukommt, gibt die *«Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift»* ihrer *Märznummer* den Charakter eines Sonderheftes, mit dem Untertitel *Gebirgskrieg*.

In einem Aufsatz über *Gebirgstruppen und Gebirgsausbildung* betont Redaktor Oberst Uhlmann, daß für den Einsatz im Gebirge nur Truppen taugen, die spezielle Gebirgsausrüstung und -erfahrung besitzen oder deren Kader alpine Erfahrung aufweisen. Eine der wichtigsten Lehren des letzten Krieges bildet die Erkenntnis, daß das moderne technische Kriegsmaterial nur bedingt für den Gebirgskrieg tauglich war. Die Erfahrung auf verschiedenen Gebirgskriegsschauplätzen lehrt, daß Panzer und Motor im schwierigen Gelände ein einwandfrei wirksames Hindernis finden, wenn der Verteidiger es versteht, die wenigen fahrbaren Kommunikationen nachhaltig zu sperren und in den Abwehrstellungen mit äußerster Hingabe und Verbissenheit kämpft. Auch in Zukunft ist somit für unsere Armee die Beibehaltung von Gebirgsformationen notwendig. Es handelt sich aber nicht nur darum, Gebirgstruppen zu besitzen, sondern vor allem darum, ihnen eine Ausbildung zu geben, die ihre Kriegstauglichkeit sicherstellt. In erster Linie benötigen die Führer aller Grade eine spezielle Schulung, um bei ihren taktischen Beurteilungen und Entschlüssen die Besonderheiten des Gebirgseinsatzes richtig zu bewerten. Die Verwendung im Gebirge verlangt Gebirgstraining. Sodann sind für eigentliche alpine Aufgaben besonders ausgesuchte Detachements erforderlich. Der Verfasser hält auch die Aufstellung von Spezialformationen der Heereseinheiten für nötig, wie sie bei der Gotthardbesetzung aus den aufgelösten Gebirgs-Mitrailleurabteilungen gebildet wurden. Daneben sollte jede Einheit und jeder Gebirgstruppenkörper in den eigenen Reihen über 2—3 hochgebirgstaugliche Patrouillen verfügen. Die Rekrutenaushebung muß in vermehrtem Maße die im bürgerlichen Leben erworbenen Fähigkeiten und den Besuch des alpinen Vorunterrichtes berücksichtigen. Der Autor bedauert die Auflösung der im Aktivdienst geschaffenen Sektion für Gebirgsdienst. In einer Armee, in der ein Drittel des Bestandes aus Gebirgstruppen besteht, würde ein Studien- und Ausbildungszentrum für Gebirgsdienst kaum einen Luxus bilden. Auf jeden Fall sollte noch mehr als bisher dafür gesorgt werden, daß Gebirgstruppen auch zum Gebirgseinsatz gelangen.

Mehrere Aufsätze des interessanten Heftes behandeln Gebirgskämpfe des zweiten Weltkrieges. Im Winter 1943/44 kämpften französische Divisionen des Expeditionskorps des Generals Juin in den verschneiten Abruzzen bei Cassino, durchbrachen die deutschen Stellungen, stießen im Frühling 1944 nach Rom vor und besetzten im Laufe der Verfolgung Siena. Beiträge aus deutscher und französischer Quelle schildern die Kämpfe von Hochgebirgsdetachements um Stützpunkte, Unterkunftshütten und Seilbahnstationen im Mont-Blanc-Gebiet im Februar 1945. Alle diese Beiträge beleuchten die besonderen Schwierigkeiten des Gebirgskampfes und bilden eindeutige Belege für die Forderung nach einer besonderen alpinen Schulung der zum Gebirgseinsatz bestimmten Truppen.

Miles.